

§ 58e V-StrG

V-StrG - Straßengesetz

⌚ Berücksichtiger Stand der Gesetzgebung: 10.09.2025

1. (1)Die Festsetzung und Einhebung von Maut- oder Benützungsgebühren auf Genossenschaftsstraßen und öffentlichen Privatstraßen bedürfen der Genehmigung der Behörde.
2. (2)Die Genehmigung ist mit Bescheid zu erteilen, wenn
 1. a)die Vorgaben des § 58b Abs. 1 bis 5 und 7 erfüllt werden,
 2. b)die Höhe der Mautgebühren § 58b Abs. 6 bzw. die Höhe der Benützungsgebühren § 58b Abs. 6 und § 58c nicht widerspricht, und
 3. c)das System der Einhebung und der Kontrolle der Gebühren den Vorgaben nach § 58d nicht widerspricht.
3. (3)Wird der Behörde nach Erteilung der Genehmigung bekannt, dass die Einnahmen die im § 58b Abs. 6 genannten Aufwendungen erheblich übersteigen, so ist die Genehmigung von der Behörde mit Bescheid zu widerrufen.

*) Fassung LGBI.Nr. 51/2024

In Kraft seit 10.08.2024 bis 31.12.9999

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at